Beilage des „Neuen Vorwärts" Nr. 21

Das neue Deutschland



Oben rechts: Der „Führer" auf der Festtribüne.

Unten rechts: Röhm und der Exkronprinz fühlen sich.

Unten links: Gefangene Marxisten müssen selber das Lager von Dachau befestigen.

Der 9. November in Berlin

Von Otto Wels

Schon am 8. November liegt Unruhe über der ganzen Stadt. Gerüchte gehen von Mund zu Mund. Alle in Berlin anwesenden Offiziere seien bewaffnet und zu besonderen Formationen zusammengestellt worden. In München ist die Republik ausgerufen. Auch in Hannover und Magdeburg befindet sich die Gewalt in den Händen des Volkes. Worauf wartet man bei uns noch? — Die Lebensmittelrationen sollen noch weiter herabgesetzt werden. Dabei gab es schon wochenlang nur noch drei Pfund Kartoffeln und 40 Gramm Margarine pro Kopf. Ein Leben ist doch dabei nicht möglich. Stundenlang haben die Frauen wieder vor den Läden nach Lebensmitteln angestanden. Mit leeren Körben gingen viele wieder heim zu ihren hungernden und frierenden Kindern, Verzweiflung in den abgehärmten und vergrämten Gesichtern. — In den Fabriken der Rüstungsindustrie herrscht Hochspannnung. Jetzt aber Schluß!

Die Oberste Heeresleitung hat den Krieg ja selbst für verloren erklärt.

Der Waffenstillstand muß abgeschlossen werden. Um jeden Preis. Die Front halte keine 24 Stunden mehr stand. Die Regierung müsse Frieden schließen, sonst sei alles verloren. Das habe die Heeresleitung gefordert, die Regierung aber versuche immer noch Zeit zu gewinnen. Dabei komme sie doch nicht vorwärts. Das war der allgemeine Gesprächsstoff, wo überall Menschen sich fanden. Die Entente lehnte Verhandlungen mit den bisherigen Machthabern kategorisch ab. Das sei doch deutlich genug, um zu erkennen, die Hohenzollern, vor allem der Kaiser, sind das Hindernis für den Frieden. Diese Erkenntnis war allgemein geworden. Im Heer, im Volk, oben und unten, selbst bei einem großen Teil der Bundesfürsten, bei ihnen sogar am stärksten, denn sie hatten ja auch die weitaus besten Informationen. Jetzt wollte alles den Frieden. Dazu aber war vor allem eine Regierung notwendig, mit der der Gegner bereit war, den Frieden zu schließen.

Die Sozialdemokratie hatte am 1. November den Rücktritt des Kaisers gefordert.

Nach acht Tagen würden sie ihre Vertreter aus der Regierung zurückziehen, wenn dies Hindernis für den Frieden bis dahin nicht beseitigt wäre. Das Volk hatte Opfer genug gebracht, es sei am Ende seiner Kraft. Jetzt seien andere an der Reihe.

Die acht Tage sind um. — Am Abend des 8. November treten die Vertrauensmänner der Partei in den Berliner Großbetrieben zusammen. Sie berichten dem Parteivorstand über die Stimmung der Massen. Ebert und Scheidemann erklären, daß sie bis zum 9. November vormittags 9 Uhr den Entscheid des Prinzen Max von Baden erwarteten. Die Vertrauensmänner ließen keinen Zweifel, daß es in keines Menschen Macht stände, die Arbeiter von dem Verlassen der Betriebe zurückzuhalten. Sie würden aber dennoch am nächsten Tage früh noch einmal in die Betriebe gehen, um dann sofort Bericht zu erstatten.

Der Morgen des 9. November dämmert herauf. Schon früh um 7 Uhr aber sind die Vertrauensleute wieder in der Lindenstraße versammelt und erklären übereinstimmend, daß die Zeit des Wartens zu Ende sei. Um 9 Uhr würden

die Betriebe zum Stillstand kommen

und die Arbeiter auf die Straße gehen. Ich hatte die Nacht in meinem Büro zugebracht und war in der frühen Morgenstunde das einzige Mitglied des Parteivorstandes, der alle die Meldungen entgegennahm. Zeit war nicht zu verlieren. So gab ich den Genossen den Rat, sofort in die Betriebe zurückzukehren und sich an die Spitze der Arbeiter zu stellen. Ungewiß lag der Tag vor uns. Gab es Kampf? Würde das Pflaster Berlins sich röten von dem Blut der Männer und Frauen, die in der Heimat Granaten gedreht, gehungert und gelitten, und den Väter, Söhne und Brüder im Felde zu Millionen ihr Leben und ihre Gesundheit gelassen hatten? Ein banges Gefühl herrschte, daß Furchtbares, Unheilschwangeres im Anzuge war, das unaufhaltsam wie ein Verhängnis mit der Gewalt eines Elementarereignisses sich über die Stadt wälze.

Die Vertrauensleute waren noch nicht alle fort, da melden sich dringend drei Feldgraue,

ein Hauptmann, ein Gefreiter und ein Mann des Naumburger Jägerbataillons

und verlangen, ein Mitglied des Parteivorstandes solle sofort mit ihnen zur Kaserne fahren. Das Bataillon hätte gehört, daß es gegen die Bevölkerung marschieren solle. Jetzt wolle es wissen, wie die Partei die Dinge ansehe. Ihr Wagen stände im Hof. Mir blieb keine Wahl. Mit mir fuhren zwei Vertrauensmänner der Arbeiter in die Alexanderkaserne. Der zweite Hof war dicht mit Soldaten gefüllt. Nicht nur das Jägerbataillon, auch Angehörige anderer Truppenteile waren anwesend. Auf einem Krümperwagen stehend gab ich eine Darstellung der politischen Situation und schilderte vor allem die Lage, wie sie sich in den nächsten Stunden in Berlin selbst entwickeln könne. Es sei Blut genug geflossen, sie könnten und dürften

nicht auf ihre Brüder und Schwestern schießen.

Der Friede sei das Ziel und der Krieg dürfe nicht nach viereinhalb Jahren gegen die eigenen Volksgenossen fortgesetzt werden. Man solle in Ruhe Soldatenräte bilden und weiter in Verbindung mit der Partei bleiben. In ein Hoch auf den Frieden und einen freien Volksstaat stimmten Mannschaften und Offiziere mit ein.

Indessen war im Reichstag

die Fraktion zusammengetreten.

Vertreter aus den Betrieben kamen hinzu. Die Straßen füllten sich mit den Massen der Arbeiter. Ebert, Braun und Vertreter der Arbeiter gingen zum Reichskanzler, um ihm klar zu machen, welche Wendung die Dinge genommen hatten. Die militärischen Befehlshaber Berlins, vor allem der Gouverneur General von Linsingen, dessen jüdische Großmutter damals noch nicht entdeckt war, hatten indessen bereits im Einvernehmen mit dem Kriegsminister von Scheuch die Anweisung gegeben, auf keinen Fall von der Waffe Gebrauch zu machen.

Um die Mittagsstunde hatten die Mannschaften in allen Kasernen Soldatenräte gewählt und sandten diese zum Teil in den Reichstag, zumeist aber in das „Vorwärts"-Haus, um sowohl Informationen zu erhalten als Vorschläge für die Sicherung der Stadt gegen Ueberraschungen zu machen, die sie angesichts der unerwarteten kampflosen Kapitulation für möglich hielten.

Es ist bekannt, wie der Tag verlief. Leider machte sich aber jetzt schon

die Spaltung der Arbeiterklasse

auf das schwerste bemerkbar. In der Mittagsstunde versuchte ein Trupp Bewaffneter, die mit einem Lastauto anrückten, das „Vorwärts"-Haus und die Druckerei zu besetzen, sowie andere Gruppen es mit bürgerlichen Druckereiunternehmungen getan hatten. Nur der Umstand, daß eine starke Abteilung der Naumburger Jäger zur Sicherung des „Vorwärts"-Gebäudes abkommandiert war, veranlaßte sie, ohne Gewaltanwendung wieder umzukehren.

Wichtiger aber war ein anderer Vorgang. Am Abend gegen neun Uhr versammelten sich im Sitzungssaal des Reichstags Vertreter der „revolutionären Obmänner" der Munitionsbetriebe und Männer des Spartakusbundes. Sie etablierten sich dort als vorbereitende Körperschaft für die Konstituierende Versammlung der Republik, die nach den dort gemachten Mitteilungen am Sonntag, dem 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Zirkus Busch zusammentreten und die provisorische Regierung wählen würde. Durch Zufall kam auch ich in diese Veranstaltung. Und so hörte ich denn, daß je 1000 Arbeiter der Berliner Betriebe oder Soldaten der Berliner Garnisonen am Sonntagvormittag je einen Delegierten zu wählen hätten, die dann am Nachmittag die ihnen zugedachte historische Aufgabe der Regierungsbildung übernehmen sollten. Es war klar, daß für die Wahl von Delegierten keinerlei Vorkehrung getroffen war. Man ließ auch keine Zweifel darüber, daß die Mehrheitssozialisten überhaupt keine, und die Unabhängigen nur sehr geringe Aussicht hätten, an der Regierung beteiligt zu werden.

Beim Verlassen des Reichstags traf ich mit Hermann Müller zusammen, der soeben mit Hugo Haase aus Kiel nach Berlin zurückgekehrt war. Ich unterrichtete ihn und meine in der Reichskanzlei weilenden Parteifreunde, von dem, was ich soeben gehört hatte und schrieb noch in der Nacht ein kurzes Flugblatt an „die Soldaten der Berliner Garnison, die auf dem Standpunkt der Politik stehen, wie sie der Vorwärts vertritt", d. h. die für die Wahl einer Nationalversammlung durch das Volk einzutreten bereit waren und forderte sie auf, ihrerseits Delegierte zu wählen. In den ersten Morgenstunden kam das Flugblatt zur Verteilung. Um 12 Uhr mittags traten die Abgesandten von 57.000 Angehörigen der Berliner Garnison zusammen. Eine kurze Schilderung der Situation zeigte, daß sie geschlossen bereit waren, für eine

paritätische Zusammensetzung der Regierung aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen

und für die Wahl der Nationalversammlung einzutreten. Auf keinen Fall wollten sie sich bei einer kommenden Gestaltung der Dinge ausschalten lassen. So wählten sie denn auf dem Hofe des „Vorwärts"-Grundstückes einen Soldatenrat, informierten ihre Kameraden in den Kasernen und begaben sich geschlossen zu der Versammlung im Zirkus Busch.

Hier platzten die Gegensätze hart aufeinander. Was der Bruderkampf in der Arbeiterschaft an Schwerem in der Zukunft alles bringen würde, zeigte bereits diese erste Versammlung. In stundenlangen Debatten verschärften sich die Gegensätze mehr und mehr, bis die Vertreter der Soldaten, auch in diesem Falle als die eventuellen Träger der Gewalt, die kategorische Forderung an die Versammlung stellten:

Einigung auf der Grundlage der Parität,

wer sich nicht fügt, scheidet aus.

So wurde dürftig die erste Notbrücke geschlagen, die aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zur Nationalversammlung und zur demokratischen Republik führte. Die Einigung der Arbeiterbewegung brachte sie nicht. Darum triumphiert jetzt nach 15 Jahren wieder die Gewalt, die Reaktion von damals und die von heute dazu.

Wir aber sollen aus der Geschichte lernen!

Nanu?

Die „Bayerische Zeitung" veröffentlicht folgende Warnung:

Keine wilden Veranstaltungen.

Es machen sich in den letzten Tagen von den verschiedensten Seiten Bestrebungen bemerkbar, anläßlich der Feierlichkeiten am 8. und 9. November in München private Sonderveranstaltungen aufzuziehen. Die Gauleitung München-Oberbayern weist deshalb darauf hin, daß ausschließlich die in dem von der Gauleitung herausgegebenen Programm aufgenommenen Veranstaltungen in Zusammenhang mit den offiziellen Feierlichkeiten stehen. Mit allen anderen Veranstaltungen hat die Gauleitung nicht das geringste zu tun und lehnt jede Verantwortung dafür ab.

Gauleitung München-Oberbayern, gez. Wenzl, Gaupropagandaleiter.

Nanu? War denn der Bürgerbräuputsch, den Adolf Hitler mit dem berühmten Revolverschuß in die Kellerdecke eröffnete und der mit einem großen Davonlaufen endete, nicht auch eine „wilde Veranstaltung"?

Max, nicht Marx!

„Das Vorbild, 1851—1933. Von Karl Max" — so sollte die Ueberschrift des Artikels über Napoleon III. heißen, der in der Beilage von Nr. 20 d. Bl. erschien. Der Druckfehlerteufel hatte den „Karl Max" in einen „Karl Marx" verwandelt.

Thomas Mann verteidigt sich

Millionen Sklaven — und ein Roman

In der vorigen Nummer des „Vorwärts" beschäftigten wir uns mit der zweideutig-passiven Haltung der Schriftsteller Thomas Mann, Döblin und Schickele, die ihre angekündigte Mitarbeit an der Emigrantenzeitschrift „Die Sammlung" mit der Begründung widerriefen, die antifaschistische Tendenz dieser Zeitschrift sei ihnen nicht bekannt gewesen. Die Drei ernteten daraufhin ein Beinahe-Lob der „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums", die ihnen attestierte, sie seien „keine geistigen Landesverräter". Die Wiener Arbeiterzeitung, die gleich uns ihr Erstaunen über die eigenartige Vorsicht der bisher geistig freien Schriftsteller aussprach, erhält nun von Thomas Mann einen Brief, in dem es u. a. heißt:

...Sie erzählen die Geschichte meiner öffentlichen Absage und der einiger andrer Schriftsteller an die von meinem Sohn geleitete Zeitschrift „Die Sammlung" und folgern daraus die Tatsache unseres geistigen Todes. Für meine Person habe ich zu jenem Vorgang folgendes zu bemerken: So lange in Deutschland die Sprache frei war, habe ich als ein Mann, der sein Vaterland liebt und es glücklich und geachtet sehen möchte, mich mit allen meinen Kräften für das eingesetzt, was ich für wünschenswert und richtig hielt. Sie in Wien haben Proben davon: ich habe vor Wiener Arbeitern nicht, wie Sie sagen, meinem Bekenntnis zur Demokratie „sogar" Zugeständnisse sozialen Verständnisses angefügt, sondern meine Rede von damals war ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus, wenn auch nicht die Erklärung einer Parteizugehörigkeit. Seit acht Monaten lebe ich außerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Der damit selbstverständlich verbundenen materiellen und ideellen Opfer will ich mich weder rühmen noch darüber klagen — genug, daß sie gebracht werden mußten. Ueber den Wert einer Polemik, die nicht nach Deutschland hineingelangt und dort tonlos bleibt, kann man verschieden urteilen. Sicher ist, daß meiner Natur die rein positive und produktive Art, dem höheren Deutschland zu dienen, in diesem Augenblick näher liegt als die polemische, und damit hängt mein dringlicher Wunsch zusammen, mich, solange es möglich ist, von meinem innerdeutschen Publikum nicht trennen zu lassen. Das ist ein ideelles Interesse, das, wie leicht zu erweisen wäre, mit grobem Opportunismus nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich tatsächlich und nachweislich nicht um den „Markt", wie eine unfreundlich derbe Psychologie es gern ausdrückt, sondern um geistige und künstlerische Wirkungsmöglichkeit.

Für mein gutes Recht, auch unter diesen Umständen, hielt ich es allerdings, einer außerhalb der deutschen Grenzen erscheinenden literarischen Zeitschrift europäischen Charakters, die erste Namen der Welt zu ihren Mitarbeitern zählt, auch meine gelegentliche Mitarbeit in Aussicht zu stellen.

Als ich mich aber überzeugen mußte, daß schon die bloße Ankündigung meines Namens, die unter normalen Umständen so unerheblich gewesen wäre, genügen würde, mir jede Wirkungsmöglichkeit in Deutschland abzuschneiden, habe ich eine Handlung rückgängig gemacht, der ich von Anfang an wenig sachliche Bedeutung zugeschrieben hatte.

Sie wissen, daß in diesen Tagen ein neues Buch von mir erschienen ist, der erste Teil eines weitläufigen epischen Werkes, das mich seit einer ganzen Reihe von Jahren beschäftigt. Es erscheint in Deutschland, im S.-Fischer-Verlag, mit dem ich seit meinem Eintritt ins literarische Leben verbunden bin... Ich stand also vor der Frage, ob ich das Leben meines Werkes opfern, die Menschen, die in Deutschland auf meine Stimme hören und insbesondere seit Jahren auf diese neue Arbeit von mir mit Anteilnahme warten, enttäuschen und verlassen wollte, nur damit mein Name auf der Mitarbeiterliste einer Zeitschrift figuriere, deren erste Nummer gerade, wie ich wahrheitsgemäß erklären konnte, tatsächlich in ihrer Zusammenstellung taktische Fehler aufwies und nicht dem Bilde entsprach, das ich mir von ihr gemacht hatte. Diese Frage habe ich in der Ihnen bekannten Weise entschieden...

Daß Thomas Mann für sein sozialistisches Bekenntnis in diesen Tagen deutscher Sozialistenverfolgung noch einmal ausdrücklich einsteht, gereicht ihm zur Ehre. Ueber die „Wirkungsmöglichkeit" in Deutschland dürfte er sich jedoch gründlich täuschen. So kunstlästerlich das klingen mag: ein „weitläufiges episches Werk" mehr oder minder — kommt es darauf im Dritten Reiche an? Und wenn die Veröffentlichung eines solchen Werkes durch schweigende Duldung schändlichster Barbarei erkauft werden muß — bliebe es dann nicht besser in der Schublade? Den Millionen, die im demokratisch-sozialistischen Lager mit Thomas Mann für Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde fochten, geht es heute noch und heute mehr denn je um diese verlorenen Güter. Verfolgungen wehrlos preisgegeben, der Meinungsfreiheit beraubt, vor körperlichen Mißhandlungen nicht geschützt, warten sie „mit Anteilnahme", nein, mit brennendem Verlangen — nicht auf einen Roman von Thomas Mann, sondern auf ein offenes Wort im Namen der Menschlichkeit, auf ein offenes, scharfes Wort, das aus seinem Munde kommend, im Ausland weithin gehört würde und durch tausend Kanäle auch ins deutsche Gefängnis dränge.

Die deutsche Tragödie, mit Gummiknüppel, Reitpeitsche und Schießprügel geschrieben, wird durch feingeistige Literatur weder gemildert noch abgekürzt. Darum bleibt es dabei: Thomas Mann handelt unrecht!

Treugelöbnisse

im Dutzend billiger.

Achtundachtzig deutsche Schriftsteller haben durch ihre Unterschrift dem Blutkanzler Adolf Hitler das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft" abgelegt. 88 deutsche Schriftsteller! Man zählt die Namen — aber man kennt die wenigsten. Wer weiß etwas von Gustav Kohne (wo hat er das E her?), von Richard Schneider-Ebenkoben, Schussen (Wilhelm), Karl Heinl, Ilse Hamel? Wer kennt Herrn Hofrat Rehbein, wer Herrn von Haso? Aus solchen und ähnlichen „Berühmtheiten" rekrutiert sich aber zu drei Viertelteilen die ganze Liste. Und sonst? Von den seit alters Hakenkreuzbraven, von den Blunck, Beumelburg, Otto Flacke, Schauwecker, nicht mal von dem blutbesudelten Mordhetzer Leers sei hier gesprochen. Die Rudolf Herzog, Presber und Jungnickel seien Herrn Hitler, in Schafsleder gebunden, überlassen, und daß Bronnen ein schmutziger Lump ist, hat sich nachgerade selbst im Dritten Reich herumgesprochen. Binding, der Brauereisohn, und Höcker, der Gutsbesitzer, werden sich hüten, den Ast abzusägen, der die goldenen Eier legt. Aber Heinrich Lersch, der einstige Arbeiterdichter, Gottfried Benn, der Arzt und Vordem-Sozialist, Alfred Brust, der sich dereinst ohne jeden Widerspruch von jüdischen Regisseuren und linksstehenden Mäzenen emportragen ließ, Bulke, der in den Spalten der demokratischen Vossischen Zeitung graste, Gerhard Menzel, entdeckt und gefördert von dem Juden Monty Jacobs, ungezählte Male Gast in jüdischen Häusern, der Bohemien Alfred Richard Meyer, der sich einst als „Munkepunke" nicht radikal-sozialistisch genug gebärden konnte, Johann Schlaf, Walter von Molo, Josef Ponten — wie kommen die auf jene Schandliste der Inkompetenzen? Mit dem Treugelöbnis für Hitler unterzeichneten sie gleichzeitig ihr eigenes Urteil, das auf lebenslänglichen Ehrverlust lautet.

Zum Glück taucht neben dieser Liste eine andre, ungeschriebene auf. Sie ist länger und trägt weit gewichtigere Namen, die Namen all der bedeutenden deutschen Schriftsteller, all der Vertreter wahren deutschen Geistes, die von der Hitlerbarbarei schaudernd abrücken, die ihr Kampf angesagt haben, die unter Opfern und Gefahr wider sie streiten.

Hitlers Gegenteile

In Hitlerdeutschland wird jetzt offiziell soviel von Heldentum geredet und gekraftmeiert, daß es Leute von auch nur mittlerem Geschmack längst speiübel geworden ist. Jenen zum Trost soll eine Broschüre für „Nationale Dramaturgie" zitiert werden, die jüngst im Verlag Theater-Tageblatt (Berlin) erschien und in der ein Herr Paul Beyer demonstriert, wie der neue nationale Held auf der Bühne ar[illegible]n sollte:

„Der stille Held, dem man's ansieht, wird wiederkommen... Der lächelnde Held, der seine Wunde nicht zeigt, kurz all die Gegenteile von Maulheld, die sich denken lassen."

Gegenteile von Maulheld — die ihre Wunden nicht zeigen, Mag sich der Nazi-Dramaturg darüber mit seinen Pgs. auseinandersetzen. Da hat man jüngst Röhms brauner Garde ein Denkmal errichtet. In der Hitler-Presse ist das zu sehen mit dem Text: „Im Schloßpark von Oranienburg wurde ein aus Holz geschnitztes Denkmal für die gefallenen SA.-Leute eingeweiht, welches einen verwundeten Kämpfer darstellt." Auf dem Sokkel steht einer in SA.-Uniform mit verbundenem Kopf.

Der Mann kommt uns bekannt vor. Man sah solche Leute ehedem oft an der Spitze von Naziumzügen Reklame laufen. In mehreren Fällen wurde festgestellt, daß die Verbände einen Schwindel verdeckten. Sie rochen nach Karbol, aber die Wunden fehlten.

Wenn die Verteidiger des Sozialismus und der deutschen Demokratie mit Verwundeten hätten protzen wollen — zu Hunderten konnten sie damit aufwarten! Aber Hunderte fielen im Kampfe gegen die braune Pest, aber Hunderte wanderten in die Gefängnisse. Jedoch sie machten kein Theater aus alldem. Einfach, in grauen, abgetragenen Windjacken, traten die sozialistischen Formationen an, so oft sie zum Schutze der Freiheit gerufen wurden. Viele ermangelten der notdürftigsten Ausrüstung, mit durchlöcherten Stiefelsohlen marschierten sie für ihre Sache durch Eis, Schnee und Schlamm, schlecht genährt, arbeitslos die Hälfte, eine graue Masse der Not: Gegenteile von Maulhelden!

Die Geschichte wird diesen unbekannten Soldaten der Freiheit ein Denkmal setzen, und von ihrem einfachen, selbstverständlichen Opfermut werden kommende Geschlechter noch künden, wenn braune Denkmäler und verlogene faschistische Heldenbilder längst im Panoptikum als letzte Reste deutschen Mittelalters vermodern.

Schwejk im III. Reich

Aus seinen Gefängniserlebnissen ...

Schwejk, der unsterbliche Held der k. k. Weltkriegsarmee feiert im III. Reich „fröhliche Urständ". Augenblicklich verbüßt er gerade eine Gefängnisstrafe. Was er dabei erlebt, läßt eine Meldung der „Vossischen Zeitung" erahnen, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben:

„Kein Hitlergruß in Gefängnissen. Ein Rundschreiben des Mecklenburgischen Justizministeriums an die zuständigen Behörden hebt hervor, daß in Gefangenenanstalten der Hitlergruß weder als Gruß der Gefangenen den Beamten gegenüber noch als Gruß der Gefangenen untereinander zugelassen werden dürfe. Der Hitlergruß, so betont diese Anweisung des Ministeriums, ist der Gruß des freien deutschen Mannes. Ueber den Gruß der Gefangenen bleiben die bisherigen Vorschriften in Kraft. Die Gefangenen haben also weiterhin die Beamten durch Abnahme der Kopfbedekkung zu grüßen bezw. durch Vorbeigehen in straffer Haltung."

•

Aufseher: Schwejk, vortreten!

Schwejk: Herr Inspektor?

Aufseher: Sie haben mich heute morgen auf dem Weg zum Kaffeefassen mit dem Hitlergruß gegrüßt...

Schwejk: Indem daß wir jetzt alle eine einzige große Volksgemeinschaft sind, wie ich in der Zeitung gelesen hab.

Aufseher: Gefangene, Juden und Marxisten gehören nicht zur Volksgemeinschaft. Der Hitlergruß ist nur für freie Menschen bestimmt.

Schwejk: Das möchte aber zu Komplikationen führen, Herr Direktor. Wie ist denn das mit denen, die wo schon in den Gefängnissen gesessen haben? Wie ich das letztemal Knast schob, hatten wir allerhand Nazis unter uns: sogar ein richtiger Fememörder war dabei, der jetzt herich Polizeipräsident sein soll. Das muß ein sehr sauberer Posten sein, sich mit all den schlechten Charakteren abzugeben — —

Aufseher: — wie mit solchen, wie du einer bist, du Schwein. Maul halten, jetzt!

Schwejk: Melde gehorsamst, daß ich ein Schwein bin. Warum nicht, Herr Gefangenengeneral? Aber eigentlich ist das nicht sehr menschenfreundlich, daß Sie uns den Hitlergruß verbieten, indem daß Freiübungen sehr gesund sein sollen für den menschlichen Körper. In Poppowitz, da hatten wir einen Mann, der...

Aufseher Schnauze! Drei Tage Dunkelarrest!

Schwejk: Der Dunkelarrest ist keine schlechte Erfindung; da kann man seine Augen ausruhen und mit Fleiß über den Führer nachdenken, denn das Denken verstößt herich nicht gegen die Anstaltsbestimmungen Aber wirklich, Herr Gefangenenminister, es tut mir von ganzem Herzen leid, daß Sie uns Herren Verbrechern nicht erlauben wollen unsere treue Verbundenheit mit dem Führer zu bezeugen. Von ganzem Herzen, Herr Präsident....

Aufseher Abführen!

Schwejk: Heil Hitler, Herr Abkanzler! Habe die Ehre...

Darschan.

Familie Eintopf

Eine Szene, die der gleichgeschaltete Hans Reimann nicht geschrieben hat...

Ort der Handlung: Eine spießbürgerlich eingerichtete Wohnung irgendwo in Sachsen. Das Eintopfgericht dampft auf dem Tisch.

Der Vater: 'choffe, ihr seid euch alle der Bedeidung der Schdunde bewußd; nicht alle Dache hammir das Glück, midn Oeberschden der Nadssion aus een' Dobb ze essn. Baul, schlirf nich so.

Die Mutter: Nu, de dusdje gerade, als ob mir an den annern Dachn aus zaehn Debbn essn dädn.

Der Vater: Das is egal. Feierdach is Feierdach. Der Führer wills eso un damit basda. Baul, mach nich son Grach bein Essn.

Die Mutter: Nu, wenn Feierdach is, da freßd ihr immer zeviel. Fordn Garl muß ooch noch ewas iwrich bleim.

Paul: Wo issn der heide?

Der Vater: Der had heide Dienst beidr SA. Der had schon gesdrn ahmd gesacht, daßr heid 's E.K. kriecht.

Paul: Was meendn der drmit?

Der Vater: E.K., das heeßd Essenkontrolle. Der muß heide den Leidn indn Dobb guckn, obse ooch bloß alle een' Gang ham.

Die Mutter: Nu, da wird der awr derwechn hibschn Hunger ham, wenn der von der Essensgondrolle heemgommd. Und Ihr, Ihr freßdn alles weg!

Der Vater: Nu, warum machsdn nich maehr von den Gelumbe?

Die Mutter: Nu, warum gibsdn mir nich mehr Wirdschafdsgeld?

Der Vater: Nu, wer hadmr denne 's Gehald abgebaut?

Die Mutter: Nu, wer wardn der greeßde Nazi indr Familche un had immer gesachd, wenndr Hidler gommd, wird alles besser? Nu mußde de Suppe ooch ausleffln.

Paul: 's is doch gar keene mehr da!

Die Mutter: Nu, du materialisdcher Briezl, das middr Suppe, das meen'ch doch bloß simbolisch — —.

Ergo.

Unauffällig geschminkt

Die deutsche Firma Leichner erinnert in ihren Reklamenotizen daran, daß die braune Regierung auffällig geschminkte und gepuderte Frauen nicht verputzen kann und fügt hinzu: „Leichners Puder und Schminken wirken unauffällig, dezent und erfüllen dennoch ihren Zweck, nach dem bewährten Wort: „Was die Natur nicht gibt, gibt Leichner".

Also das Schminken ist in Deutschland erlaubt, nur „unauffällig" hat es zu geschehen.

Thyssens klügster Streich

Geld für Hitler trägt Zinsen — Einer der größten Raubzüge des Kapitals

Aus allen Poren blut- und schmutztriefend, kam das Kapital zur Welt — so schließt Karl Marx die berühmte Schilderung über die ursprüngliche Akkumulation, über die Entstehungsgeschichte des Kapitals.

Aus allen Poren blut- und schmutztriefend — so erneuert sich die Kapitalherrschaft unter der Diktatur Hitlers!

Im Frühjahr 1932 wurde die deutsche Oeffentlichkeit durch die Nachricht überrascht, Herr Dietrich, der Finanzminister Brünings, habe

von dem Eisenindustriellen Flick

dessen Gelsenkirchen-Aktien übernommen. Das Geschäft war in größter Heimlichkeit getätigt worden, nicht einmal die hohen Beamten des Finanzministeriums waren eingeweiht worden. Nach dem Sturze Brünings kündigte zwar die Regierung Papen die Einleitung einer Untersuchung an. Aber zu dieser ist es nie gekommen. Die Oeffentlichkeit erfuhr nur, daß der Kaufpreis der Aktien etwa 90 Prozent betrug, während gleichzeitig der Börsenkurs unter 30 Prozent lag. Herr Flick, der auf überaus großen Verpflichtungen festsaß, war wieder flüssig und konnte seine Position in Oberschlesien und in der mitteldeutschen Stahlindustrie ausbauen. Wenig kümmerte ihn der Zorn seiner Kollegen, der Kohlen- und Eisenmagnaten Rheinland-Westfalens, die ihn sozusagen des Verrats an den heiligsten Interessen des Kapitalismus, der Mitschuld an der Sozialisierung, anklagten.

Der Zorn war begreiflich. Mit den Aktien Flicks, die durch einige Zukäufe ergänzt wurden,

hatte das Reich rund die Hälfte des Aktienkapitals von Gelsenkirchen,

das 250 Millionen beträgt, erworben. In Gelsenkirchen lag aber die Mehrheit der Vereinigten Stahlwerke, des größten deutschen Montantrusts, der 1926 durch Zusammenfassung des Montanbesitzes von Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Rheinstahl gegründet worden war. Das Reich hatte so die Verfügungsmacht über den wichtigsten Teil der Eisen- und Stahlindustrie erlangt. Da es seit der Bankenkrise von 1931 über die Großbanken, d. h. also über die Kreditgeber der überschuldeten Montanindustrie, verfügt, und bald nach dem Erwerb von Gelsenkirchen maßgebenden Einfluß in den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken nahm und damit auch in der Kohlenwirtschaft seine Stellung ausschlaggebend wurde,

war das Reich faktisch Herr über die Schwerindustrie geworden.

Zu ihrer völligen Sozialisierung fehlte nur ein — der politische — Schritt. Wirtschaftlich war das entscheidende bereits getan.

Thyssen und die andern, die Schwerindustriellen tobten. Die Krise hatte nicht wie sonst nur die Profite geschmälert, die freien Aktionäre depossediert — die Stahlvereinsaktien, die bei der Gründung zu 125 Prozent angegeben waren, standen zeitweise auf 10 bis 12 Prozent — die Krise bedrohte die bisherigen Beherrscher der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates mit völliger Depossedierung, mit völligem Machtverlust, mit der Deklassierung.

Stürmisch forderte Thyssen schon damals die „Reprivatisierung".

Das Reich sollte die Aktien an ihn und seine Stahlvereinskollegen abgeben — gegen Kredit selbstverständlich — denn Geld hatten die Ueberschuldeten, von der Krise Bedrohten natürlich nicht. Aber wozu verfügte das Reich über die Banken; die konnten doch die Kredite gewähren! Ein netter Plan, dieses Ansinnen an das Reich, sich selbst zu enteignen, würdig der deutschen Schwerindustriellen! Hatte ihnen denn nicht schon einmal eine bürgerliche Regierung in der deutschen Republik 700 Millionen Mark als Ruhrentschädigung geschenkt und sie damit vor dem ersten Bankrott gerettet, den ihre stupide „nationale" Politik mit der Rheinlandbesetzung heraufgeführt hatte? Warum sollte sich das nicht wiederholen? Da aber Brüning und Dietrich denn doch nicht auf ein solches Ansinnen eingingen, so gesellten sich die Gewohnheitserpresser zu ihren Feinden.

Brüning wurde gestürzt, Papen verkündete das Evangelium der kapitalistischen Privatinitiative und des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, aber Schleicher leistete noch Widerstand. Als Wehrminister wollte er die Verfügungsmacht über die Eisen- und Stahlwirtschaft, über die Rüstungsindustrie nicht aus den Händen geben.

Thyssen erkannte: es sind nicht einzelne Personen und nicht einzelne Regierungen, es ist das „System", das beseitigt werden muß.

Thyssen ging zu Hitler.

Es war der gescheiteste Streich dieses an sich ganz unbedeutenden, ja einfältigen Mannes. Es war die erfolgreichste Spekulation in seinem Leben. Was keine bürgerliche, noch so reaktionäre Regierung gewagt hatte, das leistet jetzt der Nationalsozialist Hitler seinem Wegbereiter, Freunde und Berater: die Expropriation des Reichs zugunsten der eisenfressenden Exproprateure, der Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Konsorten!

Am 27. Oktober haben in Berlin die Aufsichtsräte der Vereinigten Stahlwerke und ihrer Gründergesellschaften, Gelsenkirchen, Phönix und von der Zypen, getagt und den

„Umbau des Stahlvereines"

beschlossen. Ach, es handelt sich um eine ganz einfache Umorganisation. Die vier Gesellschaften werden fusioniert. Aufnehmende Gesellschaft wird Gelsenkirchen. Gelsenkirchen erhöht sein Kapital von 250 Millionen Stammaktien (und 13 Mill. Vorzugsaktien, die in Stammaktien verwandelt werden) auf 550 Millionen und nimmt den Namen „Vereinigte Stahlwerke" an. Die Aktien der anderen Gesellschaften werden in einem bestimmten, für Phönix, der Domäne Otto Wolffs, übrigens auffallend günstigen Verhältnis, in die neuen Aktien umgetauscht und verschwinden damit für die Zukunft. Während der Stahlverein zuletzt ein Kapital von 775 Millionen Mark hatte, verfügt die neue Gesellschaft über ein solches von 560 Millionen. Ein Teil der Ueberkapitalisation, die seit der Gründung des Stahlvereins bestand, wird korrigiert. Der bei der Transaktion entstehende Buchgewinn von etwa 250 Mill. wird zu Abschreibungen verwandt, die allerdings voraussichtlich noch immer nicht genügen. Hierzu kommen freilich bedeutende, in ihrer Höhe noch nicht bekannte Gewinne aus den sehr hohen Darlehensschulden, die die Dollarentwertung um mehr als ein Drittel verringert hat.

In dem neuen Stahlverein wird die Thyssengruppe etwa 15 Proz., die Vereinigten Stahlwerke 11 Proz., Otto Wolff 9, Haniel und die früheren holländischen Phönixaktionäre etwa 6 Prozent des Aktienkapitals besitzen. Auf die freien Aktionäre, die aber wegen ihrer Unorganisiertheit ohne Einfluß sind, werden etwa 35 Prozent entfallen.

Die gleichgeschaltete Presse preist das Werk des Thyssen als eine wesentliche Vereinfachung, die die Verschlachtelung, die bisher zwischen den vier Gesellschaften bestand, nunmehr beseitigt und durch Herabsetzung des Aktienkapitals sowie durch die Abschreibungen die Bilanz einigermaßen bereinigt. Nur über eines muß sie schweigen, und über die Hauptsache: die Stellung des Reichs. Das aber ist der eigentliche Sinn der sogenannten Umorganisation:

Das Reich verliert mit einem Schlag seine Herrschaftsstellung.

Aus dem entscheidenden Mehrheitsaktionär, der durch seine Verfügung über Gelsenkirchen, direkt der Herr über den größten Montantrust und indirekt über die deutsche Montanindustrie war, wird ein Minderheitsaktionär, der kaum mehr über ein Viertel des Aktienkapitals der neuen Gesellschaft verfügt! Das Geld des Reichs, das Herr Dietrich aufgewendet hat, wird jetzt von den Herren des Stahlvereins annektiert, restlos in ihre Verfügungsgewalt überführt, bildet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Sanierung. Es ist

einer der größten und erfolgreichsten Raubzüge in der Geschichte des modernen Kapitalismus.

Thyssen und die Schwerindustriellen haben ihr Ziel restlos erreicht. Die politische Unterstützung Hitlers hat tausendfältige Frucht getragen. Die drohende Sozialisierung ist beseitigt, die Reprivatisierung ist gelungen — es hat keinen Pfennig gekostet, nur dem deutschen Volke die Freiheit und Tausenden von Arbeitern das Leben . . .

Die Kapitalisten verfügen wieder uneingeschränkt über die Wirtschaft, über die toten wie über die lebenden Instrumente. Sie sind wieder Herr im eigenen Haus.

Das ist Nationalsozialismus!

Dr. Richard Kern.

Marxist — sofort entlassen!

Auch Schwerkriegsbeschädigte!

Nr. 10 des Organs des Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe „Arbeit und Staat" vom 7. Oktober 1933 berichtet:

Das Berliner Arbeitsgericht hat kürzlich in einer Entscheidung eindeutig ausgesprochen, daß das Schicksal der deutschen Wirtschaft von dem Bestande der nationalsozialistischen Regierung abhängig sei.

Das Arbeitsgericht mußte sich mit der Klage eines Schwerbeschädigten beschäftigen, der innerhalb des Betriebes antinationale, politische Agitation betrieben hatte. Obwohl Schwerbeschädigte unter besonderem Kündigungsschutz stehen, war er von der Werkführung deswegen entlassen worden.

Das Berliner Arbeitsgericht hat aber das Interesse des ungestörten Ablaufes des Wirtschaftslebens in diesem Fall über den Kündigungsschutz gestellt. In seiner Entscheidung sagt das Gericht,

es sei dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, das Arbeitsverhältnis mit einem solchen Schwerbeschädigten fortzusetzen.

Das Schicksal der Arbeitgeber in ihrer freien wirtschaftlichen Entfaltung sei auf Gedeih und Verderb mit der Aufrechterhaltung und dem Fortbestand der nationalen Regierung verbunden. Daher treffe jede politische Bewegung, die auf Beseitigung der nationalen Regierung gerichtet sei, mittelbar auch den Arbeitgeber.

Insbesondere könne es einem Arbeitgeber, dessen Auftragsbestand auf die Zuweisung von Aufträgen durch Behörden angewiesen ist, nicht zugemutet werden, Arbeitnehmer weiter durch Gewährung von Arbeit und Lohn im Betriebe zu halten, deren Ziel und Bestreben auf Beseitigung der Regierungsgewalt gerichtet ist.

Der gleiche Grundsatz ist für die gesamten öffentlichen Betriebe anwendbar.

Zu diesem Bericht ist kaum noch etwas zu bemerken. Er spricht für sich selbst. Dem Verfasser ist zugute zu halten, daß ein Rest von Scham ihn verhindert hat, das entscheidende Wort richtig auszuschreiben. Die Leute, denen man jetzt den Kündigungsschutz genommen hat, die auf Knall und Fall hinausgeworfen werden, wenn sie im Verdacht stehen, sich über die heutigen deutschen Zustände ihre eigenen Gedanken zu machen, sind nicht „Schwerbeschädigte", sondern Schwerkriegsbeschädigte!

So stehlen sie!

Der Nachtragsetat der preußischen Regierung enthält eine neue Einnahme von 3½ Millionen Mark. Dieser Betrag stammt aus dem beschlagnahmten Vermögen der „staatsfeindlichen" Organisationen. Der preußische Staat verwendet dieses Geld, um den Fehlbetrag zu decken, der durch die Anstellung von braunen Bonzen entstanden ist. Dieses Verhalten ist schamlos. Das Geld ist pfennigweise von den Arbeitern zusammengetragen worden. Es sollte zum größten Teil für soziale und gemeinnützige Zwecke dienen. In dieser Summe befinden sich die Gelder z. B. der Arbeiterwohlfahrt, mit denen der Hunger unterernährter Arbeiterkinder gestillt, Tuberkulose vor Siechtum und Tod bewahrt werden sollten.

Man stiehlt aber nicht nur für den Staat, sondern auch für die eigene Tasche. Täglich wird im „Reichsanzeiger" berichtet, was man beschlagnahmt und enteignet. Diese Beträge sind um ein Vielfaches höher als die jetzt angegebenen 3½ Millionen. Da bleibt keine andere Annahme übrig, als daß die wirklich entscheidenden Herren, die Nazigauleiter und die Reichsstatthalter alles in ihre Taschen gesteckt haben, dessen sie habhaft werden konnten. Wer das Recht zum Morden hat, der hat sicherlich auch das Recht zum Stehlen.

Ein lustig Spiel

Das Dritte Reich in Gefahr — Wer sich irrt, wird erschossen.

Aus Essen wird uns geschrieben:

In unserer Stadt ist Furchtbares geschehen. Der Polizeipräsident hat Kopf gestanden, das Dritte Reich war von Essen aus gefährdet, drei Leute sind ins Konzentrationslager geschafft, eine große gleichgeschaltete Zeitung ist für vier Tage verboten worden — und die ganze Stadt hat gelacht. So begann es:

Am 17. Oktober hielten die Leser der „Essener Allgemeinen Zeitung" ihr Blatt in der Hand, starrten erstaunt auf ein Bild, rieben sich die Augen, starrten wieder und reichten dann die Zeitung schmunzelnd und heimlich weiter. Die Stimmung, sonst trüb und gedrückt, stieg um einige Grade. Der Anlaß des allgemeinen Vergnügens: ein Bild pflastertretender SA-Leute, fahnentragend, im Volksbewußtsein der Landsknechtswürde die Köpfe reckend — darüber die Ueberschrift: „Fröhliche Stunden bei fahrendem Volk — Das Schulfest des Helmholtz-Realgymnasiums", darunter der Text: „Eine Szene aus dem lustigen Komödienspiel".

Am nächsten Tage erschien die Zeitung nicht, und es sprach sich rasch herum, daß der Verlagsdirektor, ein Redakteur und der schuldige Metteur ins Konzentrationslager geschafft worden waren. Ein Blatt mit dem Kopf der „Essener Allgemeinen" verkündete:

Verbot

Der Herr Regierungspräsident in Düsseldorf hat die Essener Allgemeine Zeitung bis 21. Oktober einschließlich verboten wegen eines in der Ausgabe vom 17. Oktober veröffentlichten Bildberichts.

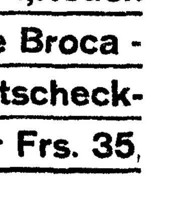
Dazu wimmerte die Redaktion:

„In der letzten Nummer unserer Zeitung ist in dem Bericht „Fröhliche Stunden bei fahrendem Volk" durch ein technisches Versehen ein Bild veröffentlicht worden, das nicht zu diesem, sondern zu einem anderen, noch nicht erschienenen Artikel gehört. Durch eine verhängnisvolle Verkettung von unglückseligen Umständen . . . Wegen der dadurch herbeigeführten verheerenden Wirkung der Bildwiedergabe auf den Leser, hat der Herr Regierungspräsident auf Antrag des Herrn Polizeipräsidenten . . . **Verlag und Schriftleitung erkennen an, daß die Staatspolizeibehörden den bedauerlichen Vorfall nur mit dem Zeitungsverbot beantworten konnten . . .**"

„Beantworten konnten" — jawohl! Denn ein verhobenes Bild gefährdet natürlich den Bestand des ganzen Dritten Reiches. Macht und Popularität der braunen Herren sind so gefestigt, daß ein Gelächter sie über den Haufen pusten könnte, wenn das Volk nicht in Furcht und Schrecken versetzt, wenn ihm nicht das Lachen abgewöhnt würde.



Abonnements-Bestellungen in Frankreich für den „Neuen Vorwärts" werden von Boris Skomorovský - 141 rue Broca - Paris (13e) entgegengenommen. Ch. postaux (Postscheckkonto): Paris 1260-98, Abonnementspreis: Halbjahr Frs. 35, Vierteljahr Frs. 18.



Rebellion der Geistlichen

Karl Barth und die 2000 Pastoren, die sich nicht gleichschalten lassen!

Vieles erleben wir in dieser Zeit, was mit unseren altüberkommenen Vorstellungen und Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen ist. Dazu gehören auch die Wirkungen, die der Sieg der Hakenkreuzler in den christlichen Kirchen hervorgerufen hat. Man hatte von der katholischen Kirche erwartet, daß sie eine gewisse Widerstandskraft entfalten werde — das Gegenteil ist eingetreten. Die katholische Kirche hat kampflos ihre politische Vertretung aufgegeben und sich dem totalen Staat unterworfen. Umgekehrt galt die protestantische Kirche uns als sicherste Hochburg jeder politischen Reaktion. Gerade aber in ihr hat sich ein Widerstand geltend gemacht, der die ganze theologisch interessierte Welt innerhalb und außerhalb Deutschlands in Bewegung hält.

Die Kräfte des Widerstandes gruppieren sich einerseits um den Bonner Theologieprofessor Karl Barth und seine Schrift „Theologische Existenz heute!" (Chr. Kaiser-Verlag, München), die in wenigen Wochen acht Auflagen erlebt hat, anderseits um Dr. von Bodelschwingh, der in der kirchenpolitischen Opposition gegen die Deutschen Christen die Führung hat. Schon haben nicht weniger als 2000 Pastoren eine Erklärung unterzeichnet, in der sie Dr. von Bodelschwingh als Hüter des echten Glaubensbekenntnisses feierlich anerkennen, sich selber auf dieses verpflichten, den Arierparagraphen für unvereinbar mit ihm erklären und ihre Verbundenheit betonen mit allen, die wegen dieses Glaubensbekenntnisses verfolgt werden.

Noch weiter als diese Erklärung geht ein Appell, den 22 namentlich unterzeichnete Führer im Namen der 2000 an die Nationalsynode in Wittenberg gerichtet haben. Darin werden die Kirchenbehörden beschuldigt, sich einem gewalttätigen Druck gebeugt zu haben und dadurch mit den Lehren der Heiligen Schrift und der Kirche in Konflikt geraten zu sein. Das gelte besonders auch für den Arierparagraphen. Geistliche seien verfolgt worden, weil sie aus Gewissensgründen nicht imstande seien, der im Augenblick die Kirche beherrschenden Gruppe Gefolgschaft zu leisten. Von der Nationalsynode in Wittenberg wird gefordert, daß sie die Freiheit der Predigt proklamieren solle. Ohne Rücksicht auf bevorstehende Beschlüsse, wird die Fortsetzung der bisherigen zu den Deutschen Christen oppositionellen Haltung angekündigt.

Geistiges Haupt der Bewegung ist, wie gesagt, Karl Barth. Der berühmte Bonner Theologe zieht mit kantischer Prägnanz den Grenzstrich, der den geistigen Inhalt der Kirche von jeder Art von Politik, selbst auch von der Kirchenpolitik scheidet. Er nimmt die politische Führerschaft Hitlers ohne Widerspruch, freilich auch ohne jede Spur von Zustimmung als vollzogene Tatsache hin, um desto schärfer gegen jedes Uebergreifen des neuen Geistes auf die Kirche Protest zu erheben. Im Gegensatz auch zu der „Jung-Reformistischen Bewegung", die trotz aller Bedenken und Vorbehalte einen „Burgfrieden" in der Kirche anstrebt, lehnt Barth jedes Kompromiß ab. Er kennt auf seinem Boden, d. h. dem der Lehre, den Deutschen Christen gegenüber nur den Kampf:

„Was ich dazu zu sagen habe, ist einfach: ich sage

unbedingt und vorbehaltlos Nein

zum Geist und zum Buchstaben dieser Lehre. Ich halte dafür, daß diese Lehre in der evangelischen Kirche kein Heimatrecht hat. Ich halte dafür, daß das Ende der evangelischen Kirche gekommen wäre, wenn diese Lehre, wie es der Wille der „Deutschen Christen" ist, in ihr zur Alleinherrschaft kommen würde. Ich halte dafür, daß die evangelische Kirche lieber zu einem kleinsten Häuflein werden und

in die Katakomben gehen

sollte, als daß sie mit dieser Lehre auch nur von ferne Frieden schlösse. Ich halte diejenigen, die sich dieser Lehre angeschlossen haben, entweder für Verführer oder für Verführte und kann die Kirche in dieser „Glaubensbewegung" nur so wiedererkennen, wie ich sie auch im römischen Papsttum wiedererkennen muß. Ich kann auch meine verschiedenen theologischen Freunde, die sich kraft irgend einer Hypnose oder mittels irgend eines Sophismus in die Lage versetzt fanden, diese Lehre zu bejahen, nur bitten, von mir aus zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mich sofern ihnen nicht in glücklicher Inkonsequenz neben dieser Irrlehre auch noch eine anderweitige christliche, kirchliche und theologische Substanz erhalten geblieben sein sollte, schlechterdings und endgültig von ihnen geschieden weiß."

Höchst interessant — weil sich Vergleiche mit ähnlichen Vorgängen auf anderen Gebieten aufdrängen — ist die Art, wie sich Barth mit den Gleichgeschalteten auseinandersetzt. „Was hat sich zugetragen? fragt er, um zu antworten:

„Auf der einen Seite das Ereignis einer geradezu verblüffenden Widerstandslosigkeit, in der Pfarrer und Gemeindeglieder und Kirchenführer, Theologenprofessoren und Theologiestudenten, Gebildete und Ungebildete, Alte und Junge, Liberale, Positive, Pietisten, Lutheraner und Reformierte in Scharen dem Ansturm dieser Bewegung erlegen sind, wie man eben

einer echten, rechten Psychose

erliegt. Erlegen die einen im aufrichtigen Glauben, nun endlich geradezu messianische Botschaft vernommen zu haben, die anderen mit irgend einer sehr tiefen philosophischen Begründung, wie man sie gerade dann am sichersten zu finden pflegt, wenn man sich wieder einmal aufs gründlichste von der „Wirklichkeit" hat überrennen lassen, die Dritten in der simplen Ueberlegung, was auf politischem Gebiet recht, werde gewiß auch auf kirchlichem billig sein, die Vierten in der ängstlichen Klugheit, die nur ja nicht „ausgeschaltet" sein, ihre wertvolle Kraft nicht müßig gehen lassen wollte, da nun einmal alles in dieser Richtung lief, die Fünften mit weisem Vorbehalt nur das „Gute" an der Bewegung bejahend, die Sechsten in der etwas hinterhältigen Absicht, beizutreten, um alsbald die „nötige Opposition" zu machen, die „Einseitigkeiten" der Bewegung „von innen heraus zu überwinden" — aber alle miteinander erlegen einer Sache, die den Stempel der Verkehrtheit so deutlich auf der Stirn trägt, daß in einer gesunden Kirche schon ein Konfirmand hätte merken müssen, daß er da weder mit dem lutherischen noch mit dem Heidelberger Katechismus in der Hand nur eine Stunde dabei sein und unter irgend einem Vorwand mittun könne."

Nein, von Kompromissen, auch mit Klauseln und Vorbehalten kann bei Karl Barth keine Rede sein. Ihm geht es nicht darum, ob der Wehrkreispfarrer Müller oder ob Bodelschwingh Reichsbischoff ist, sondern um mehr:

„Ich brauche nicht zu wiederholen, was ich gegen die „Deutschen Christen" gesagt habe. Ich kann aber an dieser Stelle hinzufügen, daß ich damit rechne (und nach den neuesten Ereignissen noch mehr als vorher): die Einheit mit einer auf irgend einem Weg doch noch Müller und den „Deutschen Christen" ausgelieferten deutschen evangelischen Kirche wird vielleicht nicht aufrecht zu erhalten sein.

Den zu erwartenden evangeliumswidrigen Dogmen, Verkündigungen und Maßnahmen des deutsch-christlichen Reichsbischofs und seiner Domherren wird Renitenz geleistet werden müssen. Es werden ihnen gegenüber im Notfall auch die letzten Konsequenzen gezogen werden müssen."

Mit Erstaunen hört man von jenseits der Grenze Worte wie „Renitenz", „Widerstand", „letzte Konsequenzen" herüberschallen. Sicher bedeutet das nicht, daß Barth und seine Pastoren zu Revolver u. Dreschflegel greifen wollen, wohl aber will es besagen, daß sie sich auf einen ideologischen Widerstand versteifen, der nach ihrem Willen auch nicht durch Aushungerung oder Gefangensetzung zu brechen sein soll. Bleiben sie fest, dann verdienen sie den Respekt und die Sympathie aller, denen Mut der Ueberzeugung auf allen Gebieten als Charaktervorzug gilt. Die Herren des Dritten Reichs aber werden dann vor die Alternative gestellt sein, entweder vor einer geistigen Bewegung zurückzuweichen, oder aber ein neues Martyrium schaffen zu müssen, daß vor aller Welt gegen sie zeugen wird. Karl Barth bleibt aber auf alle Fälle das Verdienst, daß er das Hakenkreuzchristentum als einen barbarischen Schwindel entlarvt hat, der weder deutsch noch christlich ist.

Gelbe Germanen

Mongolische Arier

Die Wissenschaft im Dritten Reich schreitet von Entdeckung zu Entdeckung. Sie hat nicht nur herausgefunden, daß Mischvölker an der Donau zur nordischen Edelrasse zählen, sondern es gibt noch ganz andere Dinge, von denen die Anthropologen sich bisher nichts träumen ließen. Der japanische Botschafter in Berlin hat energisch in Neuraths Amt hineingeleuchtet, weil in Deutschland lebende Japaner und ihre Kinder mehrfach vom braunen Mob angepöbelt und mißhandelt wurden. Darauf hat Hitlers Außenminister jetzt die Versicherung abgegeben,

„daß sich die deutsche Regierung entschlossen habe, auf Grund neuer rassetheoretischer Untersuchungen der japanischen Rasse grundsätzlich die Gleichwertigkeit mit der nordisch-germanischen Rasse zuzusprechen. Deutsch-japanische Mischehen sind gestattet.

Der nationalsozialistische Rassebonze Dr. Johann v. Leers hat schon einen entsprechenden Vortrag gehalten, in dem er den staunenden Zuhörern erklärte, daß bei den Japanern „arische Blutbeimischung" festzustellen sei. Dagegen sind sich Leers wie das deutsche Außenministerium darüber einig, daß andere asiatische Völker, vor allem die Chinesen, weiter als minderwertige Rasse zu gelten haben.

Wenn es strittig sein mag, welche europäischen Nationen den indogermanischen Völkergruppen zuzurechnen sind, so ist sich die ernste Wissenschaft darüber einig, daß die Mongolen einen ausgesprochenen nichtarischen Typus darstellen. Und wenn jetzt der braune Rassenfatzke Leers bei den gelben Japanern plötzlich arische Blutbeimischung entdeckt, so hängt das wohl mit der völligen außenpolitischen Isolierung Deutschlands zusammen. Man sieht sich verzweifelt nach Bundesgenossen um, und sucht Hilfe bei denen, die von deutscher Nationaille mit Vorliebe „gelbe Affen" geschimpft wurden. Da China gegenwärtig noch schwach und außerdem im Völkerbund vertreten ist, gehören seine Landeskinder zu den Minderwertigen. So verschachern die braunen Demagogen ihre Auffassung, wie es ihr jeweiliges Bedürfnis gerade verlangt. Tatsachen, Grundsätze, Treue oder Ehre sind ihnen dabei ebensowenig im Wege wie irgendwelcher Sinn für Lächerlichkeit.

Aber warum bei den gelben Kindern Nippons Halt machen? Wenn sogar Göbbels und Hitler sich als Vertreter nordischer Edelrasse aufspielen dürfen, warum dann nicht die Eskimos oder die Indianer im Gran- Chaco?

Geflüstertes Interview

Ein Agrarier schüttet sein Herz aus.

Ein französicher Korrespondent hatte jüngst Gelegenheit, einen ostpreußischen Gutsbesitzer zu interviewen, und er entdeckte, daß selbst in den junkerlichen Kreisen bereits Gegner des Hitler-Systems sich zu melden beginnen. Allerdings — sie melden sich sehr leise, denn es ist nicht ratsam, den Mund weit aufzutun, es sei denn beim „Heil-Hitler"-Rufen. Dem Interview, das im „Petit Parisien" veröffentlicht wurde, entnehmen wir einige interessante Abschnitte:

„Ich habe meine Söhne in die Fremde geschickt", sagte er; „sie werden sich helfen, so gut sie können; aber ich konnte den Anblick der beiden großen, unternehmungslustigen und aller Hoffnung beraubten Burschen beinahe nicht mehr ertragen . . . Die Regierung hat mir ein Halbdutzend Hitlerianer geschickt, die ich während des ganzen Winters beherbergen und ernähren muß. Ich höre wohl, daß diese feiernden Arbeiter mir zur Verfügung stehen, aber, ich weiß nicht, was ich ihnen zu tun geben soll: sie werden Alleen harken, werden Blätterhaufen anbrennen; das dürfte der Arbeitslosigkeit nur in sehr geringem Ausmaße steuern. Alle meine Nachbarn und die meisten deutschen Grundbesitzer sind so mit Pensionären versorgt worden. Aber, wie meinen Sie, sollen wir diese starken Kerle unterhalten, von denen einige auch noch zu rauchen verlangen? . . ."

„Zahlreiche Kapitalisten, angefangen bei Hugenberg, leisten Widerstand gegen die Partei, wir Gutsbesitzer nehmen dieselbe Haltung an. Was die Finanzgruppen anbelangt, auf die Sie anspielten (die Zufriedenen. D. Uebers.), so dürfen Sie nicht vergessen, daß die teilweise aus Lieferanten von Kriegsmaterial bestehen, deren Fabriken heute mit vollem Ertrag arbeiten . . . Hitler und seine Ratgeber sind entschlossen, gleichzeitig gegen die Großindustrie und gegen die Gewerkschaften zu kämpfen. Meiner Meinung nach hat Hitler ein Programm, dessen Verwirklichung ohne Zweifel durch alle möglichen schwierigen und notwendigen Ueberlegungen verzögert wird, aber das uns im Endeffekt alle ruinieren und in die Revolution treiben wird. Wir sind weder Italien noch Rußland, wir sind Deutschland, und die Hitlerpartei repräsentiert bei uns nur eine Minorität ohne wirklichen Wert, ohne Kultur und ohne Seele."

Also rechtsstehende, stramm nationale Leute kommen sachte dahinter, daß der eingeschlagene Weg „Deutscher Erneuerung" nicht etwa von der „bolschewistischen Gefahr" weg-, sondern in eine Revolution hineinführt, wie sie Deutschland, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat.

Theaterkatastrophe

Der „Berliner Herold" verzeichnet in einer einzigen Nummer (42) folgende Tatsachen aus dem braunen Kunstleben:

Der Dichter Forster, dessen schönes Stück „Robinson soll nicht sterben" leider im Komödienhaus abgesetzt werden mußte..

Inzwischen hat sich das „Theater am Nollendorfplatz" genötigt gesehen, die Aufführungen von Ruederers „Fahnenweihe" abzubrechen . . .

Der Deutsche Bühnenverein wird nun endgültig in den ersten Novembertagen in Berlin zusammentreten, und das Hauptthema seiner Beratungen wird der katastrophal schlechte Theaterbesuch sein, der in allen Städten Deutschlands und besonders in Berlind unerhört negative Dimensionen angenommen hat.

Man denke: Theater am Nollendorfplatz und Komödienhaus nach kurzer Spielzeit, gerade als die Saison richtig beginnen sollte, wieder geschlossen. Das „Deutsche Theater", die Kammerspiele, das Große Schauspielhaus, der Admiralpalast, das „Berliner Theater" sind in dieser Spielzeit noch gar nicht eröffnet, das „Theater am Schiffbauerdamm" ist ganz außer Kurs, manche in Betrieb befindliche Theater haben schwer zu kämpfen.

Aus anderen Städten kommen ähnliche Berichte. Zum Beispiel aus Dresden. Dort wissen die Staatstheater nicht, wie sie über den Winter kommen sollen, man denkt schon an eine Zusammenlegung von Schauspiel und Oper. Kein Wunder! Die einstigen Stammgäste, die Kunstsachverständigen, pfeifen auf den Besuch des Opernhauses, wenn es immer wieder geschieht, daß vor der Ouvertüre das Deutschland- oder das Horst-Wessel-Lied erdröhnt und alle Besucher zunächst einmal Männchen machen müssen, wenn sie nicht hinausfliegen wollen.

Die deutsche Theaterkultur hatte vor der „nationalen Erneuerung" Weltruf.

Redakteur und Setzer im Konzentrationslager

Der in Eddingen in Württemberg erscheinende „Neue Albbote" ist verboten worden. Das Verbot erfolgte, weil dieses Blättchen eine fehlerhafte Fassung des amtlichen Textes zum Volkbegehren veröffentlicht und eine Berichtigung unterlassen hatte. Die Redaktionsräume wurden nach einer Durchsuchung von einer SS-Abteilung besetzt. Der verantwortliche Schriftleiter und der Setzer wurden ins Konzentrationslager am Heuberg überführt.